

## **Hannover: Refugee Protest Camp trotz klimatischer und sozialer Kälte**

In den vergangenen 2 Wochen hat sich rund ums Refugee Protest Camp am Weißekreuzplatz einiges getan, was auch medial starke Resonanz gefunden hat. Hier ein kurzer Überblick:

In einer Pressemitteilung vom 16.10.14 (siehe (4)) machten die Refugees darauf aufmerksam, dass die Polizei die Vorbereitung des Camps auf den Winter unter Androhung einer Räumung verbietet. Die Refugees fragten nach den Verantwortlichen für diese Drohung. Am vergangenen Dienstag, den 28.10.14, folgte eine Pressekonferenz, bei der erneut darauf gepocht wurde, dass das Camp sich bei Eintreten einer politischen Lösung freiwillig auflösen würde, bis dahin aber keine Handlungsalternative zum Verbleib auf dem Weißekreuzplatz gesehen wird.

Hierauf formulierte das Antira Plenum Hannover eine Vorlage für ein Schreiben an den hannoverschen Stadtrat oder Oberbürgermeister, in dem jede/r Einzelne die EntscheidungsträgerInnen zur Erlaubnis der Vorbereitungen des Camps auf die kälter werdenden Temperaturen auffordern kann (3).

Am 29.10.14 war nun aus dem Stadtrat eine erste Stellungnahme zu hören: Nach der rechtspopulistischen Partei „Die Hannoveraner“ fordert nunmehr die zweite Ratspartei die sofortige Räumung des Camps: CDU- Fraktions-Vize Jens-Michael Emmelmann fordert, die „Dauerdemonstration“ müsse beseitigt werden.(1.1)

Umso wichtiger ist nun eine klare Positionierung und jede Form der Solidarisierung mit dem Refugee Protest Camp!

Die nächste große Gelegenheit zum Austausch besteht am Samstag, 1. November, um 20 Uhr im Pavillon am Weißekreuzplatz, beim Benefizkonzert „Jazz wird's Zeit“.(2)

Bald wird sich in Hannover wegweisend zeigen, ob die Politiker dem erwünschten Image der Stadt folgen, eine weltoffene Stadt der Vielfalt zu sein, die dem Leitbild des Grundgesetzes Rechnung trägt und niemanden wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt; oder ob bundesweit weniger als 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs Flüchtlinge wie Kriminelle behandelt, Gefängnisse errichtet, und Schutzsuchende weltweiter Konflikte in die Existenzlosigkeit abgeschoben werden.